

Posener Zeitung.

Einundneuzigster Jahrgang.

Anzeigen
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei E. S. Alrici & Co. Breitenstraße 20, in Grätz bei F. Strifand, in Meseritz bei H. Matthias, in Breschen bei J. Jabsch.

Anzeigen
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Paube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Ar. 431.

Montag, 23. Juni.

Inferate 20 Pf. die sechsgepaaltene Postzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen. 1884.

Amtliches.

Berlin, 21. Juni. Der König hat den bisherigen Kreis-Bauinspektor, Baurath Freund in Stargard i. Pomm. zum Regierungs- und Baurath ernannt und den bei den Regierungen zu Posen und Trier angestellten Regierungs- und Baurathen Heinrich Koch und Friedrich Seyffarth den Charakter als Geheimere Regierungs-Rath verliehen.

Verzest sind: der Landgerichts-Rath Lopp in Dortmund an das Landgericht in Paderborn, der Landgerichts-Rath Strebe in Lud an das Landgericht in Torgau und der Amtsrichter Plesch in Schivelbein an das Amtsgericht in Swinemünde. Dem Amtsgerichts-Rath Ruyr in Lud ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Die durch Pensionirung des Amtsgerichts-Raths Silber in Rastenburg erledigte Amtsrichterstelle wird nicht wieder besetzt. In der Liste der Rechtsanwältel ist gelöscht: der Rechtsanwalt Götting bei dem Landgericht in Hildesheim. In der Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Rechtsanwalt Paszkiet aus Rumm bei dem Amtsgericht in Stargard, der Gerichts-Affessor Bronl bei dem Amtsgericht in Berent, der Gerichts-Affessor Wiener bei dem Landgericht in Graubenz und der Gerichts-Affessor Dr. Vogel bei dem Landgericht in Konis. — Der Notar Bartholomäus in Eitorf ist gestorben.

Der Regierungs- und Baurath Freund ist der Regierung in Gumbinnen überwiesen worden. Der bisherige technische Hilfsarbeiter bei der Regierung in Stettin, Bauinspektor Baltbasar ist als Kreis-Bauinspektor nach Stargard i. Pomm. verzest worden.

Deutscher Reichstag.

38. Sitzung.

Berlin, 21. Juni Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, Bronsart v. Schellendorff. Vizepräsident Freiherr v. Franckenstein eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung der Uebersichten der Ausgaben und Einnahmen für 1882—83.

Die Budgetkommission beantragt die Genehmigung der Ausgaben und Einnahmen.

Abg. Richter (Hagen) bringt die Etatsüberschreitung bei den Kadettenanstalten zur Sprache. Im Publikum herrscht die Ansicht, daß es schwer ist, junge Leute in der Kadettenanstalt unterzubringen, während die Etatsüberschreitung damit begründet wird, daß 200 Pensionatsstellen unbesetzt geblieben sind.

Bundesbevollmächtigter Bronsart v. Schellendorff: Die Grundsätze, nach denen die Aufnahme junger Leute in die Kadettenanstalten erfolgen, entsprechen genau den gesetzlichen Vorschriften, Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Pensionären werden also nicht erhoben.

Geb. Kriegsrath Gadow führt aus, daß die Etatsüberschreitung davon herrühre, daß 100 Kadetten mit dem Erziehungsbeitrag von 300 M. aufgenommen sind.

Abg. Richter (Hagen): Darin liegt eben der Fehler, daß 100 junge Leute mit 300 M. Beitrag aufgenommen sind, während 289 Pensionäre mit 700 M. hätten aufgenommen werden müssen. Wir sind wiederholt Klagen darüber zugegangen, daß die Aufnahme von Pensionären so selten durchzuführen ist; wird jetzt mit einem Male bekannt, daß die Kadettenanstalten in Verlegenheit sind, Pensionäre zu erhalten, so werden sich die Meldungen sehr vermehren. Bis hierüber Klarheit geschaffen ist, beantrage ich diese Etatsüberschreitung zu verweigern.

Abg. v. Minnigerode: Die Kadettenanstalten sind doch keine Volksschulen, sondern Vorbereitungs-Anstalten für den Offiziersstand. Ist die Zahl der angemeldeten Pensionäre zu gering, welche in diesem Hinblick zur Aufnahme geeignet scheinen, so ist es doch geboten, durch Mehraufnahme von Kadetten Ausbildung zu schaffen. Daß auch die Kommission dieses Vorhaben nicht zu einem dauernden machen will, zeigt doch schon die Bezeichnung als Etatsüberschreitung.

Bundesbevollmächtigter Minister Bronsart v. Schellendorff: Ich will die Verwaltung nur gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, als ob die Aufnahme nach tendenziösen Rücksichten erfolge. Daß wir nicht jeden aufnehmen können, der angemeldet wird und die nötigen Mittel dazu hat, das ist doch im Hinblick auf die gedächliche Entwicklung unseres Offiziersstandes nicht zu verwundern.

Abg. Richter (Hagen): Daß also viele Anmeldungen zurückgewiesen worden, hat die soeben gegebene Antwort erwiesen. Charakteristisch ist der Ausdruck des Herrn v. Minnigerode, der schon den zehnjährigen Jungen ansehen will, ob sie zu Offizieren taugen werden. Dann muß natürlich die Aufnahme in die Kadettenanstalten nach denselben Grundsätzen, wie jetzt die in das Offizierskorps, wo die Söhne besserer Familien abgewiesen werden, wenn sie dem Kaufmannstande angehören. Uns kostet jeder Kadett 1500 M. — da ist es doch keine Besserung, Kadetten mit 300 M. Beitrag aufzunehmen, wenn Pensionäre a 700 M. fehlen. Ich beantrage deshalb die Genehmigung dieser Etatsüberschreitung zu verlagern.

Abg. v. Minnigerode: Auch meine politischen Freunde stehen zu, daß diese Angelegenheit einer anderen Regelung für die Zukunft notwendig ist und eintritt wird, daß wir jedoch diesmal für die Bewilligung des Postens stimmen werden.

Abg. Richter (Hagen): Der Herr Vorredner muß jetzt in Folge meiner Ausführungen zugeben, daß ein Unrecht vorliegt. Wir können aber die Sache durchaus nicht so milde ansehen, wie er, denn die Regierung hat noch gar nicht erklärt, daß sie dieses Unrecht einseht. — Auch bei der Postverwaltung liegt eine Etatsüberschreitung vor. Ich glaube, daß diese Ueberschreitung aus der Art der Stellvertretung herrührt. Für die Stellvertretung eines hohen Postbeamten in Berlin hat man den Ober-Postdirektor aus Dresden gewählt, dieser ist in Dresden durch einen Beamten aus Köln, und der Kölner durch einen Berliner Beamten vertreten worden.

Geb. Ober-Postrath Fischer: Die Mehrausgaben an Ruhegehältern stehen mit den Stellvertretungskosten in keinem Zusammenhange. Die vorgetragene Geschichte ist ja ganz hübsch, aber nicht wahr. Nichtig ist allein, daß der Ober-Postdirektor von Köln vertreten worden ist durch den Oberpostdirektor von Dresden — das machte die Wichtigkeit des Kölner Postens notwendig. Alles Uebrige ist unrichtig. (Hört, hört! rechts.) Abg. Richter ist also in der Wahl seiner

Informationen wohl nicht ganz vorsichtig gewesen. (Sehr wahr! rechts.) Redner führt aus, daß es sich bei dieser Statsüberschreitung um Beträge handelt, die an andere Staaten in Folge der Verträge zu zahlen sind. Wenn der Einnahmetat um 5 Millionen wächst, ist es natürlich, daß auch diese Statsüberschreitungen wachsen müssen.

Abg. Richter (Hagen): Ich habe keinen Antrag gestellt in Bezug auf diesen Posten, aber wenn mir solche Dinge berichtet werden, habe ich die Pflicht, darüber hier Informationen einzuziehen. Ob die Frage mit der Kölner Vertretung durch die gehörte Antwort erledigt ist, möchte ich doch bezweifeln. Unter diesen Statsüberschreitungen befinden sich aber auch Beträge, welche uns dann später zur Genehmigung vorgelegt werden. Ich behalte mir deshalb vor, bei geeigneter Gelegenheit die Spezialisirung solcher Ueberschreitungen zu beantragen.

Geb. Ober-Postrath Fischer: Die Kölner Stellvertretung fällt erst in das Jahr 1884, gehört also nicht zur Sache.

Minister Bronsart v. Schellendorff theilt mit, daß ein Fünftel der Angemeldeten abgewiesen worden, darunter auch solche, welche nicht die Garantie übernehmen konnten, die Pensionszahlungen fortwährend zu leisten.

Abg. Dr. Windthorst erklärt dem Kommissionsantrage zuzustimmen, falls die Militärverwaltung sich bereit erklärt, in Zukunft ein anderes Verfahren einzuschlagen.

Abg. Richter (Hagen): Trotz des Entgegenkommens des Vorredners hat der Herr Kriegsminister noch nicht erklärt, daß er das Geschehene als ein Unrecht betrachtet. Es bleibt uns daher, um unser Recht zu wahren, nichts anderes übrig, als die Genehmigung der Statsüberschreitung zu verlagern.

Abg. Dr. Windthorst beantragt, den betreffenden Posten an die Budgetkommission zurückzuweisen.

Das Haus beschließt demgemäß und genehmigt dann die anderen Posten gemäß dem Kommissionsantrage.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der Unfallversicherungsvorlage.

§ 45 wird ohne Diskussion angenommen.

Die sozialdemokratische Partei zieht „gegenüber der konservativ-liberalen Koalition“ ihre weiteren Antäge zurück.

§ 47 setzt fest, daß das Schiedsgericht aus einem ständigen Vorsitzenden und 4 Beisitzern bestehen und der Vorsitzende aus der Zahl der öffentlichen Beamten ernannt werden soll.

Die deutsch-freisinnige Partei beantragt hinter „öffentlichen Beamten“ einzuschalten „mit Ausschluß der Beamten derjenigen Betriebe, welche unter dieses Gesetz fallen“.

Nachdem Minister v. Bötticher mit dieser Aenderung noch einverstanden erklärt, führt

Abg. Stöckel aus, daß in diesem Schiedsgericht der altgermanische Grundsatz verletzt wird, Jeder soll von seinesgleichen abgeurtheilt werden; die Beamten müssen deshalb diesem Schiedsgerichte fernbleiben.

Minister v. Bötticher: Der Vorredner hat die Besorgnis ausgesprochen, es könnten nach § 47 die Schiedsgerichte zusammengesetzt werden aus den Beamten der Betriebswerke. Ich kann mir vorstellen, daß das bei den Krankenkassen möglich ist in Folge des Vertrauensverhältnisses, in welchem diese Betriebsbeamten stehen. Ausgeschlossen aber halte ich diese Möglichkeit bei diesen Schiedsgerichten der ganzen Natur der Sache nach und deshalb ist eine Benachteiligung der Arbeiter ausgeschlossen.

Abg. Eberty: Den Ausführungen des Abg. Stöckel können wir uns durchaus anschließen, doch verzichten wir vorläufig noch auf einen Antrag in dieser Hinsicht.

Die Abgg. Dr. Frege und Dr. Windthorst erklären sich Namens ihrer Fraktionen mit dem deutsch-freisinnigen Antrage einverstanden, worauf § 47 mit diesem Zusatz und dann ohne Diskussion die §§ 48—58 angenommen werden.

§ 59 setzt eine Frist von zwei Jahren fest, während welcher der Entschädigungsanspruch anzumelden ist.

Von der deutsch-freisinnigen Partei ist eine Aenderung dahin beantragt, daß eine Präklusivfrist nicht festgesetzt werden soll.

Der Antrag wird abgelehnt und die §§ 59—62 unverändert debattellos genehmigt.

§ 63 bestimmt, daß gegen die Entschädigung des Schiedsgerichts der Refkurs an das Reichs-Versicherungsamt zusteht, welcher keine aufschiebende Wirkung hat.

Die deutsch-freisinnige Partei beantragt dazu:

„Gegen die Entscheidung steht die Berufung auf den Rechtsweg mittelst Erhebung der Klage zu. Diefelbe hat keine aufschiebende Wirkung.“

Nachdem Abg. Dr. Gutfleisch den Antrag befüwortet hat, erklärt

Minister v. Bötticher: Wir haben eine ganze Reihe von Streitigkeiten auf öffentlichem Gebiet, die den ordentlichen Gerichten entzogen sind und kein Gebiet ist dazu so sehr geeignet, wie das der Unfallversicherung. Die Gerichte würden hier auf die Sachverständigen sich verlassen müssen, während das Reichsversicherungsamt von vornherein sachverständig ist. Der Einwand, daß das Reichsversicherungsamt der Arbeitslast nicht wird genügen können, ist doch hinfällig, denn wir können doch jederzeit die Kräfte des Reichsversicherungsamtes vermehren.

Abg. Dr. Frege tritt dem Antrage mit dem Hinweis entgegen, daß das Reichsversicherungsamt weit eher eine Garantie für schnelle, sachverständige und billige Entscheidung biete, als die ordentlichen Gerichte.

Abg. Eberty: Die Regel ist doch, daß Jeder sein Recht vor dem ordentlichen Richter findet. Ihr Vorschlag ist eine Abnormität gegenüber dem allgemeinen Rechtsbewußtsein. Wenn Sie wünschen, das auch bei diesem für die Arbeiter prinzipiell so wichtigen Paragraphen das Recht und der Vortheil des Arbeiters gemahrt werde, so nehmen Sie unsern Antrag an.

Abg. Dr. Windthorst: Auch ich bin gleich dem Vorredner im Allgemeinen gegen die Stimmung, welche sich jetzt gegenüber den Gerichten geltend macht. Das Reichsversicherungsamt ist juristisch betrachtet nicht die rechte Instanz für den Refkurs; ich behalte mir deshalb für die dritte Lesung einen Aenderungsantrag zu diesem Paragraphen vor, durch welchen dem juristischen Element gegenüber dem Reichsversicherungsamt mehr Rechnung getragen werden soll.

Hierauf wird der Antrag abgelehnt und die §§ 63—68 unverändert angenommen.

§§ 69 und 70 bestimmen, daß die Auszahlung der zu leistenden

Entschädigung auf Anweisung des Genossenschaftsvorstandes vorschussweise durch die Postverwaltungen bewirkt werden soll.

Die deutsch-freisinnige Partei beantragt die Streichung dieser Paragraphen.

Abg. Schrader: Dieser Paragraph belastet die Post mit Geschäften, welche für sie nicht passen und die Verwaltung schädigen. Es wird damit außerdem ein doppelter Zuschuß an die Arbeitgeber geschaffen, nämlich durch den Erlaß der Zinsen und dann durch die unentgeltlich geleistete Arbeit. Auch will ich nicht, daß die Arbeiter das Gefühl bekommen, als ob die Entschädigung nicht aus den Taschen der Arbeitgeber fließe.

Abg. Richter (Hagen): Man darf doch nicht vergessen, was es heißt, eine Million von Reichsmegen zu Gunsten der Großindustrie zu bewilligen. Wir haben im vorigen Jahre 15 Millionen Ueberschuß gehabt und werden am Ende dieses Jahres die 15 Millionen Ueberschuß nicht nur nicht haben, sondern ein Defizit von 1.900.000 Mark. Und dazu wollen Sie jetzt noch eine Million bewilligen?

Minister v. Bötticher: Die Bestimmung des § 69 beruht auf gefundenen praktischen Maßregeln und weshalb soll einem so bedeutenden Unternehmen gegenüber das Reich nicht auch in die Tasche greifen? Die Summe von einer Million wird nicht erreicht werden; außerdem ist es keineswegs eine Vergünstigung der Großindustrie. Und ist es denn nicht etwas Gutes, wenn das Reich Opfer bringt, die nur in Zinsverlust bestehen, wenn dadurch die Lasten der Armenverwaltung verringert werden, die diese Vorlage schafft.

Abg. Richter (Hagen): Das Reich soll in seine Tasche greifen — hat es doch aber gar nichts drin, was nicht von den Steuerzahlern genommen wird. Die Steuern werden immer größer; Sie belasten die nothwendigen Lebensmittel und dabei gehen unsere Finanzen immer mehr zurück in ganz auffälliger Weise und es wird schließlich mit einem finanziellen Krach enden. Das würde einem Leben sofort klar werden, wenn wir in diesem Jahre eine Budgetberatung gehabt hätten. Ob der Beitrag, den das Reich zahlen soll, in Zinsverlust oder in Baarem besteht, ist doch ganz gleich. (Beifall links.)

Die Diskussion wird geschlossen und hierauf die §§ 69 und 70 unverändert angenommen.

Ohne Diskussion genehmigt das Haus die §§ 71—86.

Bei § 87 Organisation des Reichs-Versicherungsamtes) kündigt Abg. Eberty einen hierauf bezüglichen Antrag für die dritte Lesung an. Das Reichsversicherungsamt sei der erste Schritt zur Vereinigung des gesammten privaten Versicherungswesens.

Minister v. Bötticher: Der Vorredner beklagt die großen Kompetenzen des Reichsversicherungsamtes; so lange die Herren aber noch den Versuch machen, uns Vorschläge auf Organisation der Kompetenzen zu machen, kann ich diese Bedenken gegen die Kompetenzen nicht so schwer halten.

Abg. Schrader: Wir können und werden keine Anträge auf Kompetenzbeschränkung stellen, weil das Reichsversicherungsamt diese weitgehenden Kompetenzen braucht. Und darin besteht eben der große Fehler der ganzen Organisation, daß sie diese weitgehenden Kompetenzen nothwendig machen.

Geb. Reg.-Rath Gamp theilt auf die Anfrage des Vorredners die einzelnen Dienste mit, auf welche die Beaufsichtigung des Reichsversicherungsamtes sich zu erstrecken haben wird.

Abg. Eberty wiederholt, daß diese Vorlage den Beginn einer Verstaatlichung des Versicherungswesens bedeutet.

Minister v. Bötticher befreit dies. Es könne kein Paragraph bezeichnet werden, aus welchem sich dies nachweisen ließe.

Abg. Dr. Barth: Nicht ein einzelner Paragraph, wohl aber die Ausschließung der Privatversicherung von dieser Vorlage, noch mehr aber die Gründe, mit der diese Ausschließung begründet worden, sprechen für diese Tendenz.

Fürst Bismarck tritt in den Saal.

§ 87 wird unverändert angenommen, ebenso die §§ 88—91 b.

Die Abg. Leuschner (Gießen) und Genossen beantragen einen § 91 c, wonach Unternehmer von Betrieben, welche landesgesetzlich bestehenden Knappschaftsvereine zugehören, zu Knappschafts-Berufsgenossenschaften vereinigt werden.

Abg. Dr. Hirsch: Die Vorzüge der Knappschaftskassen hat noch Niemand bestritten, darin besteht keine Gegnerschaft. In der Kommission ist in beiden Lesungen angeprochen worden, daß der Antrag unausführbar ist. Wir stehen einem unreifen Antrage gegenüber. Daß aber nicht Alles Gold ist, was glänzt, das sollte Herr Leuschner doch aus den Aeußerungen, die so oft vom Zentrum gegen das Knappschaftsgenossenschaftswesen erhoben sind, erleben können. Abg. Leuschner meint, die Knappschaftskassen sichern den sozialen Frieden. In Sachsen werden in den Bezirken, in denen das Knappschaftswesen am meisten florirt, die meisten Sozialdemokraten gewählt. So viel Wahlfähigkeit sollte doch der Antragsteller kennen, um sich das selbst zu sagen. — Der Antrag ist eine Zumuthung an das Haus, das vollständig uninformirt ist über die Statuten der Knappschaften. Ich würde es für eine Gewissenlosigkeit halten, wenn der Reichstag einen solchen Antrag trotz seines Mangels an Information annehmen sollte. (Hört! rechts.) Abg. Leuschner rühmt die große Zahl der Knappschaftsvereine in Preußen — ja wohl, es sind 83 und darunter mehr mit dreizehn Mitgliedern. (Hört, hört! links.) Allfürlich erscheinen Broschüren über die Reformbedürftigkeit der Knappschaftsvereine und da soll man hier diesen Vereinen ein solches Vertrauensvotum in blanco ertheilen. Ich warne Sie daher vor der Annahme dieses Antrages.

Abg. Dr. Gammacher: Der Vorredner hat so oft und so eingehend hier uns über Knappschaften unterhalten, daß ich annahm, er wäre genügend über die Knappschaften informirt und das Haus auch. Und doch ist der Hauptgrund, den er gegen den Antrag anführt, gerade die ungenügende Information des Hauses. Im September v. J. sind in Preußen bereits die Knappschaften aufgefördert worden, sich über ihre Reformbedürftigkeit zu äußern und vor mir liegt ein Entwurf zur Reorganisation der Knappschaftskassen. Die Fehler, die den Knappschaftskassen also noch anhaften, sind also bald und leicht zu heftigen. Bei den allgemein bekannten Vorzügen des Knappschaftswesens bitte ich Sie um Annahme des Antrages.

Abg. Leuschner (Gießen): Ich protestire gegen die Aeußerung des Abg. Dr. Hirsch, daß mein Antrag eine Zumuthung an das Haus sei. Wenn Abg. Hirsch die Knappschaftskassen nicht kennt, so ist das seine Schuld, der Antrag ist genügend motivirt.

Abg. Schrader: Wir haben 4 Wochen in der Kommission beraten, der Antrag aber kommt erst jetzt an das Haus und auf die Gefahr, den Zorn des Abg. Gammacher zu erregen, muß ich erklären,

das ich weder mich noch das Haus für genügend informiert halte, einem so wenig begründeten Antrag zuzustimmen.

Die Diskussion wird geschlossen und Antrag Leuschner gegen die Stimmen der deutsch-freinnigen Partei und der Volkspartei angenommen.

§ 92 bestimmt, daß der Anspruch auf Ersatz des Schadens gegen diejenigen Betriebsunternehmer zc. geltend gemacht werden soll, gegen welche durch strafgerichtliches Urteil festgestellt ist, daß sie den Unfall vorzüglich herbeigeführt haben.

Die deutsch-freinnige Partei beantragt (Antrag Barth), hinter „vorzüglich“ einzuschalten:

„oder durch Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet sind.“

Nachdem Abg. Eysoldt den Antrag befürwortet hat, wird der Antrag gegen die Stimmen der Linken und einzelner Centrumsmitglieder abgelehnt und § 92 angenommen, ebenso ohne Diskussion die §§ 93 bis 96.

§ 97, welcher von den Versicherungsverträgen handelt, wird in einer von den Abgg. Dr. Barth u. Gen. beantragten Fassung, sodann die §§ 98-106 unverändert angenommen.

Damit ist die zweite Beratung der Vorlage geschlossen, womit die Tagesordnung erledigt ist.

Präsident Frhr. v. Franckenstein legt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die zweite Beratung über das Aktiengesetz.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Richter (Hagen): Ich möchte bitten, andere Gegenstände auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Damit würde natürlich das Zustandekommen des Aktiengesetzes in dieser Session nicht möglich sein, aber es ist doch nicht thöricht, daß das Haus am Montag schon an dieses technisch so schwierige Gesetz sich macht, welches erst seit wenigen Tagen in unseren Händen ist.

Abg. v. Wenda weist darauf hin, daß in dem Seniorenkonvent die Vertreter sämtlicher Fraktionen, ausgenommen Abg. Richter, sich dahin ausgesprochen haben, daß das Aktiengesetz noch in dieser Session zu Stande kommen solle.

Abg. Dr. Windthorst verzichtet auf einen Antrag, der ausichtslos sein würde, bedauert aber, daß die Beratung des Aktiengesetzes, welche noch mehr Mitglieder als jetzt vom Reichstage fern halten wird, zwischen die zweite und dritte Beratung der Unfallversicherungsvorlage geschoben wird.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. Tages-Ordnung: Vorlage betr. den Bau eines Geschäftshauses in Shanghai, Aktiengesetz. Schluß 5 1/2 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

□ Berlin, 21. Juni. Die Arbeiterausschüsse, wie sie der ursprünglichen Regierungsvorlage des Unfallversicherungsgesetzes als ein Tropfen demokratischen Deles hinzugesetzt waren, sind gefallen. Der einseitige Unternehmerstandpunkt hat gefestigt. Die Arbeiter werden also nur unter dem Vorbehalt eines Arbeitgeberers und außerdem einer gleich großen Anzahl von Arbeitgeberern gegenüber ihre Interessen bei der Unfallversicherung wahren können, soweit das bei den Bestimmungen des Gesetzes überhaupt noch möglich ist. Die Verteidiger der neuen Fassung erklärten, die Arbeiter würden auch in dieser Art der Organisation Muth und Selbstständigkeit genug haben, um mit den Arbeitgebern offen entgegenzutreten. Bekanntlich ist es dasselbe Argument von Muth und Selbstständigkeit, welches für die Befestigung des geheimen Wahlrechts geltend gemacht wurde, und natürlich ist es in beiden Fällen gleich stichhaltig. Diesmal waren es die Nationalliberalen, welche sich zu dieser Höhe konservativer Anschauung aufschwangen. Der Ausschluß der Vertreter der freien Rassen von der Beteiligung an den kombinierten Arbeiter- und Arbeitgeberausschüssen war natürlich seitens der Majorität längst beschlossene Sache und ein neuer Beweis ihres Wohlwollens für die Selbstständigkeit und Selbsthilfe der Arbeiter. Der Minister von Bütticher verteidigte die Arbeiterausschüsse sehr schwach, er überließ die Vertretung der Regierungsvorlage an diesem Punkte den Freisinnigen und den Sozialdemokraten. Seine Kollegen von Buttamer, von Gopler und Lucius stimmten gegen die Vorlage des Reichskanzlers. Vermuthlich wollten sie dieselbe Solidarität der Regierung beweisen, wie der Reichskanzler, der wenige Stunden zuvor beim Frühlingsopfen so energisch die Geschäftsteuervorlage des preussischen Ministeriums von sich wies. Das sind natürlich keine Fraktionen!

— Zu den Staatsraths-Ernennungen bemerkt die „Germania“:

Indem unter den Ernennungen von rund einem Duzend wirklicher und nomineller Katholiken insbesondere drei Namen, die der beiden Herren Bischöfe von Ermland und von Fulda und des Abgeordneten Freiherrn v. Schorlemer-Alst, sich finden, ist die Basis des Kulturkampfes der nächsten Jahre vollständig preisgegeben. Einerlei, wie die Arbeiten des Staatsraths und seiner Abtheilungen sich gestalten und vertheilen werden, und wie weit dabei gerade die drei genannten Herren in Betracht kommen — indem sie zu einer Vertrauensstellung von allgemeiner Bedeutung für den Staat berufen wurden, ist jetzt zum ersten Male der schlagende Beweis geliefert, daß man die Maßregeln grundsätzlich verwerfen, ihre Nichtbefolgung für Pflicht erklären und diesem Standpunkt gemäß handeln darf, ohne doch als „Staatsfeind“ zu gelten oder auch nur von Erweisen höchsten Vertrauens in die eigene „staatsfreundliche“ Gesinnung ausgeschlossen zu sein.

Dieser Triumph-Ruf des klerikalen Blattes, so bemerkt dazu die „Nat.-Ztg.“, ist vollkommen begründet. Die Bischöfe von Fulda und von Ermland verkehren zwar gegenwärtig die Staatsgesetze nicht direkt, da sie neue Konflikte vermeiden wollen, aber sie verweigern nach wie vor bestehenden Staatsgesetzen die Anerkennung und verhindern die Ausführung derselben.

— Wie in militärischen Kreisen verlautet, wird Anfang nächsten Monats in der österrösterreichischen Grenzstation Oswientcin ein sogenanntes Verbrüderungsfest zwischen Offizieren der preussischen und österrösterreichischen Armee stattfinden. Zu diesem Feste, bei welchem über 300 Offiziere aller Waffengattungen erwartet werden, trifft man bereits große Vorbereitungen, da die beiderseitigen Kriegsministerien dazu namhafte Summen bewilligt haben.

Breslau, 22. Juni. Der schlesische national-liberale Parteitag ist heute hier abgehalten worden. An der sehr zahlreich besuchten Versammlung nahmen u. A. Theil: der Staatsminister a. D. Hohrecht, der Döbergrath a. D. Dr. Wächler, die Abgeordneten Seidler, Bollert, v. Schendenborff, Dr. Gneiss, der Rektor der hiesigen Universität Professor Koepell

und die Mitglieder des neuen Wahlvereins. Professor Koepell eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache; außerdem sprachen Hohrecht, Gneiss und v. Schendenborff. Schließlich gelangte folgende Resolution zur Annahme: Der schlesische national-liberale Parteitag erklärt freudig seinen Anschluß an die Berliner Erklärung vom 18. Mai cr., beschließt die Konstituierung eines national-liberalen Zentral-Komitees für die Provinz Schlesien und beauftragt den Breslauer national-liberalen Wahlverein mit der Konstituierung des Zentral-Komitees.

Breslau, 21. Juni. Ueber einen Grubenunfall bei Schwientochlowitz veröffentlicht das Ober-Bergamt folgende Mittheilung:

Gestern fand in der Steinkohlengrube „Deutschland“ bei Schwientochlowitz ein Einbruch von Schlamm- und Wassermassen statt. Die Anzahl der Verschütteten ist noch nicht sicher festgestellt, übersteigt aber zehn.

Detmold, 20. Juni. Erbprinz Hermann zur Lippe ist heute Morgen um 18 Uhr gestorben. Der verstorbene Erbprinz, ein lediger jüngerer Bruder des 60jährigen Fürsten Woldeemar von Lippe-Detmold war am 4. Juli 1829 geboren. Fest hat der Fürst noch einen lebenden Bruder, Prinz Alexander, der am 16. Januar 1831 geboren, ebenfalls unverheiratet ist. Da Fürst Woldeemar aus seiner Ehe mit der Markgräfin Sophie von Baden keine Kinder besitzt, so wird die fürstliche Erbfolge auf die gräfliche Lippe-Vierfeldsche Familie übergehen, deren Oberhaupt nach dem vorerwähnten Grafen Julius gestorben, dessen ältester Sohn Graf Ernst geb. 1842 ist. Derselbe hat sich am 16. September 1869 mit der Reichsgräfin Karoline von Wartensleben vermählt, die ihm 3 Söhne und 3 Töchter geschenkt hat.

Leipzig, 21. Juni. Die Berichte über den Wasserstand in den Flüssen und über die durch die Ueberschwemmungen verursachten Schäden lauten fortwährend ungünstig, namentlich in Betreff einzelner Gegenden am Saan und am Dnieper. In Kraßau hat sich ein Hilfskomitee unter dem Vorsitz des Statthalter-Raths Grafen Badeni, gebildet, dessen Mitglieder sofort 6000 Gulden spendeten.

Paris, 21. Juni. Wie es heißt, wird Waddington Frankreich auf der Konferenz vertreten und Blignière oder Virondayrolles denselben als Rathgeber in den finanziellen Angelegenheiten beigegeben werden. — Der Senat lehnte zwei zu dem Ehescheidungsgeetze eingebrachte Amendements ab, nach welchen die Ehescheidung verboten sein sollte, im Falle Kinder vorhanden sind. — Der Antrag des Senators de Gavardie, die Beratung der ägyptischen Frage auf Montag festzusetzen, wurde abgelehnt. — Die Deputirtenkammer beendete die erste Lesung der Rekrutierungsvorlage.

Paris, 21. Juni. Die „Agence Havas“ theilt mit, daß der am 17. Juni mit Cambodga abgeschlossene Vertrag das seit dem Jahre 1863 bestehende Protektorat vervollständigt. Die Behörden von Cambodga würden unter Kontrolle französischer Beamten die Provinzen weiter verwalten. Ausgenommen von der Verwaltung der einzelstaatlichen Behörden würden die Steuern, Zölle und öffentlichen Arbeiten bleiben. Der französische Resident in der Hauptstadt von Cambodga würde unter dem Gouverneur von Cochinchina stehen. Die französisch-cambodgischen Behörden sollten ein Grundgesetz über individuelles Eigenthum verassen, das bisher in Cambodga nicht bestand, indem sämtliche Immobilien bis jetzt Eigenthum der Krone und unveräußerbar waren. In der Hauptstadt solle eine Municipalbehörde, in welche 6 französische Mitglieder eintreten würden, eingesetzt werden.

Die Depesche, welche die tatsächliche Annexion Cambodga's an Frankreich-Cochinchina meldet, hatte folgenden Wortlaut:

„Der Gouverneur von Cochinchina hat die Abtretung der Verwaltung des Königreichs Cambodga an Frankreich durchgesetzt. Von nun an werden die Zölle, die Finanzen, die Justiz, die öffentlichen Arbeiten durch französische Beamte geleitet werden. Die Sklaverei ist abgeschafft. Eine provisorische Zivilliste von 300 000 Piaßtern wurde zu Gunsten des Königs Norodom geschaffen. Der königlichen Familie werden Dotationen zugesichert. Die Konvention wird der Ratifizierung des Präsidenten der Republik unterbreitet werden.“

Das Königreich Cambodga stand seit 1863 unter dem französischen Protektorat. Damals beeilte sich der König Norodom, um den Bedrängnissen Siams, welches ihm zwei schöne Provinzen, Angkor und Battambang, schon zu Beginn des Jahrhunderts entriß, zu entgehen, Frankreich, das sich soeben in Cochinchina festgesetzt, um dessen Protektorat anzufuchen. Ein französischer Resident, der unter den Befehlen des Gouverneurs von Cochinchina stand, wurde in Pnum-Penh eingesetzt. Seit einem Jahre etwa sah man in Saigon eine für die Beziehungen der beiden Länder vortheilhafte Aenderung voraus. In der That bestimmte eine unter dem 10. September v. J. zwischen dem König Norodom und dem Bevollmächtigten des Gouverneurs Thonison von Cochinchina, Herrn Kobulowski, abgeschlossene Konvention, daß der König von Cambodga sich verpflichte: 1) der Verwaltung von Cochinchina die Einhebung der Zölle auf Opium und Alkohol gegen eine Summe von 175 000 Piaßtern zu übergeben, 2) monatlich für die Kosten des Protektorats die in früheren Verträgen bestimmte Summe von 5500 Piaßtern zu zahlen. Der König verpflichtete sich des Weiteren, die Sklaverei abzuschaffen und in der politischen und finanziellen Verwaltung Aenderungen vorzunehmen. Ein gemischter Gerichtshof wurde in Pnum-Penh zur Schlichtung allfälliger Streitfälle zwischen den Eingeborenen und den französischen Beamten eingesetzt. Der Besuch des Gouverneurs von Cochinchina zu Beginn des laufenden Jahres stimmte König Norodom, der freiwillig seine Vereinigung für Frankreich zeigte, nunmehr endgiltig um, so daß es bald leicht war, sich in den Besitz aller Verwaltungsweige von Cambodga zu setzen. Die Bevölkerung von Cambodga, das einen Flächenraum von etwa 100 000 Quadratkilometern besitzt, betrug nach der offiziellen Zählung im Jahre 1879 945 954 Menschen, darunter 106 764 Chinesen, 26 000 Cham und Malais, 4451 Annamiten und 4620 wilde Bewohner des Laos von Cambodga.

London, 21. Juni. Zur ägyptischen Frage schreibt die „Ball Mall Gazette“: „Der Text des Abkommens zwischen England und Frankreich wurde gestern (17. Juni) an sämtliche auswärtige Aemter Europas gesandt. Es lohnt sich der Mühe, den Inhalt desselben zu recapituliren. Das Abkom-

men trifft Fürsorge für eine Beschränkung der englischen Okkupation, die am 1. Januar 1888 aufhören soll, sowie für die Herstellung einer internationalen vielfachen Kontrolle, die unter dem Vorsitz eines Engländers die permanente kontrollirende Finanzbehörde in Egypten werden soll. Alle ägyptischen Budgets müssen ihr zur Begutachtung unterbreitet werden und über alle in dem Budget nicht vorgesehenen Ausgaben wird ihr die Ausübung eines absoluten Veto zustehen. Bis zum letzten Augenblick war es zweifelhaft, ob der britische Vorkühende eine Ausschlagsstimme haben sollte oder nicht, und es ist jetzt noch zweifelhaft, ob das Votum einer einzelnen Macht uns nicht am Ende der unserer Okkupation zugewiesenen 3 1/2-jährigen Frist aus dem Lande jagen kann. Nachdem die übrigen Mächte ihr Urtheil abgegeben haben, wird das Parlament zu Gericht über das Abkommen sitzen; aber wenn irgend einer Macht das Projekt mißfällt, braucht sie mit ihrem Urtheile nur eine Woche hinzuhalten. Nach nächstem Montag werden die Mächte es weniger schwierig finden, zu erfahren, wie das Parlament über das Abkommen denkt.“

Dijon wird bestätigt, daß am Montag dem Parlamente über den Inhalt des Abkommens Mittheilung gemacht werden wird. Auch in Paris wird die englisch-französische Verständigung den Kammern am Montag vorgelegt werden. Der Aufnahme, welche die Abmachungen finden werden, darf man umsomehr mit Spannung entgegensehen, als die Presse beider Länder mit dem, was jetzt über den Inhalt der getroffenen Vereinbarung verlautbar geworden, durchaus unzufrieden ist. Wie es fast selbstverständlich ist, werden auch die Mächte vorerst die Beschlußfassung der beiden Parlamente abwarten, bevor sie die ihnen zugestellten englische Note bezüglich der englisch-französischen Verständigungs-Basis beantworten.

Petersburg, 21. Juni. Von der Berliner Börse aus wurden hierher Gerüchte über in Kasan stattgehabte Tumulte gegen die Juden gemeldet. Nach in Kasan eingesetzten Erkundigungen ist derartige dort nicht vorgekommen.

Konstantinopel, 21. Juni. Ein heute veröffentlichtes Trakate des Sultans sanktionirt das Projekt betreffend die Konvertirung der türkischen Schulden und ermächtigt den Finanzminister zu diesem Behufe Delegirte nach Europa zu entsenden.

Kairo, 21. Juni. Das erste Bataillon des Suser-Regiments, welches gegenwärtig in Margobah bei Assiut steht, wird am nächsten Dienstag nach Assuan abgehen.

Locales und Provinziales.

Posen, 23. Juni.

r. Der Großherzog Ludwig IV. von Hessen traf nebst Gemahlin von Petersburg über Posenburg heute Nachts 12 Uhr 47 Min. hier ein und reiste 4 Uhr 55 Min. über Breslau nach Bistoch ab.

Herr Regierungsrath und Banrath Koch hier selbst ist zum Geheimen Regierungsrath ernannt und ihm die Allerhöchste Ernennung in der am 20. d. M. stattgefundenen Sitzung durch den hiesigen Regierungsrath, Herrn Ober-Regierungsrath Bergentrost überreicht worden.

Aus dem Gerichtssaal.

L. Posen, 21. Juni. [Schwurgericht: Körperverletzung und Widerstand gegen einen Fortschuchsbeamten. Räuberische Erpreßung.] Am 11. März d. J. Abends gegen 7 Uhr erblickte der im Privatdienst des Rittergutsbesitzers v. Holtowski auf Gotorowo stehende Fortschuchsbeamte Kowalski, welchem die Forsten Mlyczyn, Brasznica und Lipowla unterstellt sind, auf seinem Patrouillengange aus der Mlyczynover Forst kommend auf dem zum Dominium Mlyczyn gehörigen Felde, nicht weit von der Waldgrenze entfernt eine Person kommen, in welcher er bald den ihm seit Jahren bekannten Angeklagten, Tagelöhner Johann Wiatr aus Gajemo erkannte. Derselbe trug in der einen Hand drei Kreuzdornen, in der anderen einen Eßstod. Mit Rücksicht auf die Sozialität und der Umstand, daß Angeklagter in jener Gegend als Wilddieb berüchtigt war, verfolgte Kowalski ihn und sprach ihn an. Bei dieser Gelegenheit bemerkte er, daß Angeklagter auf der Brust unter dem jugendlichsten Node einen Gegenstand trug, den er durch Befühlen als eine Flinte erkannte; er verlangte die Herausgabe derselben. Angeklagter entfiel, wurde aber von Kowalski verfolgt. Als letzterer sich ihm bis auf einige Entfernung genähert hatte, blieb er plötzlich stehen und verließ seinem Verfolger mit dem Geschoße einen Schlag auf den Kopf, daß derselbe eine blutende Wunde an der Stirn davontrug. Er setzte sodann seine Flucht fort, wurde von Kowalski weiter verfolgt und beinahe eingeholt. Ahermals drehte er sich rasch um und verließ dem Kowalski mit dem Geschoße einen zweiten derartigen Schlag gegen die Schläfe, daß der Betroffene momentan betäubt zu Boden fiel. Inzwischen war der durch einen Signalfuß des Kowalski herbeigerufenen Unterförster Rzeny hinzugekommen. Ihm und dem wieder zur Besinnung gekommenen Kowalski gelang es, dem Wiatr die Stöße zu entreißen. Er gab seinen Widerstand auf. Kowalski öffnete ihm den Kopf und zog ihm eine doppelstängige auseinandergelommene, aber leicht zusammenzusetzende Flinte hervor, deren beide Läufe mit Hasenschrot geladen waren. Wiatr machte einen vergeblichen Versuch, die Flinte des Rzeny, welche letzterer inzwischen zur Erde gelegt hatte, wegzunehmen, woran ihn Kowalski hinderte. Man ließ ihn sodann seiner Wege gehen. Von der Stelle, wo Wiatr zuerst von Kowalski bemerkt war, verfolgten die beiden Forstleute am andern Morgen die Fußspur des Angeklagten in dem vom Regen erweichten Boden. Sie kamen in dieser Weise in den Wald bis zu einer für den Anstand äußerst günstigen Stelle. Angeklagter war im Besitze eines schüsselförmigen Gewehrs betroffen. Einen Jagdschein besaß er nicht. Während des Monats März ist gefehliche Schonzeit für die jagdbaren Thiere des Waldes. Angeklagter will die geladene Flinte zufällig an jenem Tage von einem Unbekannten gekauft und sich damit nach Hause begeben haben. Auch behauptet er, dem Kowalski gegenüber in der Nothwehr gewesen zu sein. Auf Grund des Spruches der Geschworenen verurtheilte das Gericht den Wiatr wegen der Körperverletzung eines Fortschuchsbeamten und unberechtigter Jagdausübung zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Erwerbsverlust. — Es wurde sodann gegen den Arbeiter Wilhelm Wojnick aus Ferayce und den Schuhmacher Paul Hein aus Posen verhandelt. Am 16. März 1884, einem Sonntage, Abends gegen 10 Uhr gingen der Töpfergeselle Gloge und die Töpferlehrlinge Dabert und Szafranel von der St. Martinstraße in die Wallstraße. Gloge trug am Hut eine blaue Feder; auch war an der Weste seine Uhrkette sichtbar. In der Nähe des ersten Neubaues in der Wallstraße trat der Angeklagte Wojnick, welcher erst am 12. März aus dem Zuchthause zu Ramisch entlassen war und an dem in Rede stehenden Tage den Rest seiner Esparnisse aus Ramisch vertrunken hatte, auf Gloge zu. Schon vorher hatte er zu seinem Begleiter die Aeußerung gethan: „Den mit der blauen Feder werde ich mir lauen.“ Er faßte Gloge am Arm und verlangte von ihm Geld zu Schnaps. Gleichzeitig gab er dem Dabert einen Fußtritt, so daß dieser und Szafranel wegfielen. Sein rief inzwischen aus

einiger Entfernung zu Woznicki: „Hau ihm doch die Knochen entwei“, vorauf letzterer zu Gloge sagte: „Die Knochen will ich Dir nicht zerbrechen, wenn Du Geld zu Schnaps giebst.“ In seiner Angst zog Gloge sein Portemonnaie heraus und gab seinem Anstreifer 20 Pf., so er gerade griff. Dieser Betrag ist sodann von Woznicki und Heim ertrunken. Die Geschworenen sprachen den Woznicki, nicht aber den jen der räuberischen Erpressung schuldig, worauf der Gerichtshof gegen den letzteren auf Freisprechung, gegen Woznicki auf 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust erkannte.

Wollmärkte.

Berlin, 19. Juni. [Schlußbericht des vereideten Wollmüllers A. Parrissius.] Der hiesige Wollmarkt war nach amtlichen Berichten schwächer mit Wollbesahren als im Vorjahre. Das Hauptquantum bestand sich in Händen von Händlern aus der Provinz. Der Geschäftslauf war ein sehr ruhiger, und waren weniger inländische Tuchfabrikanten anwesend, als im vorigen Jahre. Die best behandelten und feinsten Wollen fanden zuerst Käufer, während weniger feine Wollen nur sehr langsam bei niedrigen Preisen, Nehmer fanden. Bis Abends war nur ungefähr die Hälfte der zum Markt gebrachten Wolle realisiert. Die Wollen in zweiter Hand fanden sehr wenig Berücksichtigung und sind meist unverkauft geblieben. Die Wäsche der Wollen, sowie die Behandlung waren durchschnittlich gut, allein das Rendement der Wollen wird gegen voriges Jahr unvorteilhafter sein. Nach amtlichen Mitteilungen war der Lagerbestand alter Wollen (incl. Colonialwollen) 39436 Ctr. Zufuhren auf den Lägern betragen 28137 Ctr., auf dem Viehhoft lagerten 17963 Ctr., also weniger als im Vorjahre ca. 800 Ctr. Die Preise stellten sich durchschnittlich um 2 bis 4 Thlr. pro Ctr. niedriger als im vorigen Jahre. Man zahlte für feine Tuch- und Kammwollen ca. 55-63 Thlr. pro Ctr., für mittelfeine Tuch- und Kammwollen ca. 50-58 Thlr. pro Ctr., für ordinäre Tuch- und Kammwollen ca. 36-40 Thlr. pro Ctr. Das Geschäft auf den Lägern der Händler war sehr flau und hat man von feinen namhaften Umfängen gehört. Die Wolllager bieten daher noch ein großes Quantum von allen Gattungen dar.

Lübeck, 21. Juni. Der Rest der besseren Wollen ist zu 145 bis 180 M. aeräumt worden, größere Wollen wurden mit 90 bis 120 M. bezahlt, Mittelwollen waren bereits gestern zu 130 bis 140 M. ganz verkauft. Käufer waren Schleswig-Holsteinische und Scandinavische Fabrikanten.

Telegraphische Nachrichten.

Warschau, 22. Juni. [Priv.-Tel. der „Pos. 3tg.“] In Folge rapider Anschwellung der Weichsel wurde die im Bau begriffene Weichselbrücke der Eisenbahn Zwangorod-Dombrowa zerstört. Die Betriebseröffnung der Eisenbahn ist dadurch um mehrere Monate verzögert.

Cms, 21. Juni. Zur kaiserlichen Tafel waren gestern geladen: der frühere dänische Hofmarschall Graf Danneberg, der dänische Hofjägermeister v. Grüner, Generalleutnant von Rankau und Kammerherr Graf von Schwerin. Abends besuchte der Kaiser das Theater. Heute früh setzte derselbe die Trinkkur fort, erschien auf der Promenade und nahm dann später die Vorzüge des Hofmarschalls Grafen von Perponcher und des Chefs des Militärkabinetts, Generalleutnant v. Albedyll, entgegen.

Cms, 22. Juni. Zur kaiserlichen Tafel waren gestern geladen: die Kommandanten Generäle der 11., 2. und 8. Armeekorps, Frhr. v. Schlotheim, v. Dannenberg und v. Los, sowie der Kommandeur des 4. Garde-Grenadier-Regiments „Königin“, Oberst v. Schaurösch. Vor dem Diner hatte der Kaiser den Vortrag des Wirkl. Geh. Legationsraths v. Bülow entgegengenommen. Abends erschien der Kaiser im Theater; heute früh setzte derselbe die Trinkkur fort und machte eine Promenade.

München, 21. Juni. Der Kaiser und die Kaiserin von Oesterreich trafen heute Vormittag mit der Erzherzogin Valerie hier ein und dinirten bei dem Prinzen Leopold und der Prinzessin Gisela. Der Kaiser reiste Abends nach Wien ab, während die Kaiserin und die Erzherzogin Valerie in dem „Hotel zu den vier Jahreszeiten“ übernachteten und morgen nach Belabing zurückkehren beabsichtigen.

Wetz, 21. Juni. Nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten find 229 Liberale gewählt; in der Zusammensetzung der übrigen Parteien hat sich seit der letzten Wahl über die Wahlergebnisse nichts geändert. Heute und morgen finden die Wahlen in den noch rückständigen Wahlbezirken statt, alsdann 6 Stichwahlen.

Paris, 22. Juni. Die imperialistischen Komites des Seinedepartements hielten gestern eine Versammlung ab, in welcher Cassagnac wieder zum Präsidenten gewählt wurde. In dieser Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, in welcher der Prinz als Repräsentant der Religionsfreiheit und der Ordnung in der Demokratie bezeichnet wird. Die Tagesordnung wurde dem Prinzen Viktor mitgeteilt, worauf dieser erklärte, daß diese Prinzipien die seinigen seien.

Madrid, 21. Juni. Die hiesige Presse hat über die Absichten Frankreichs, die Integrität Marokkos zu respektieren, vielfach Mißtrauen ausgesprochen. Sie hat hierbei auf Tunis exemplifiziert. Wie es heißt, würde der französische Geschäftsträger heute dem Ministerpräsidenten Canovas del Castillo aufs Neue die Versicherung abgeben, daß Frankreich kein Interesse hinsichtlich Marokkos habe.

Petersburg, 21. Juni. Der König und die Königin von Griechenland und der Großherzog von Hessen nebst Familie verlassen heute Petersburg.

Petersburg, 22. Juni. Der „Russische Invalide“ veröffentlicht einen Tagesbefehl des Zaren Donduoff vom 7. Juni, in welchem es heißt, Donduoff habe während seiner Reise durch das transkaspijsche Gebiet und die mit demselben neu vereinigten Gebiete völlige Ruhe und Sicherheit vorgefunden. Die Mehrzahl der dortigen Bevölkerung habe aufrichtige Zufriedenheit über die eingeführte Ordnung ausgesprochen, woraus hervorgehe, daß die transkaspijsche Verwaltung ihre Pflicht in jeder Hinsicht erfülle. — Der Direktor der Reichsbank Geh. Rath Stenßen ist auf 4 Monate in das Innere des Reiches und nach dem Auslande beurlaubt.

Rom, 22. Juni. In Pontremoli hat eine Explosion der Pulverfabrik stattgefunden. Dreißig Tode, siebenzehn Schwerverwundete blieben auf dem Plage.

Risch, 22. Juni. Die Stupschina genehmigte den Beitritt Serbiens zu der internationalen Philoxera-Konvention.

Alexandrien, 22. Juni. Eine Versammlung von Inhabern ägyptischer Obligationen beschloß, den Mächten eine Denkschrift zu übermitteln, worin ausgeführt wird, daß es unnötig sei, die Zinsen oder den Tilgungsfond zu reduzieren; im Gegentheil sei es möglich, einen großen Ueberschuß zu erzielen durch Verminderung des Ausgabe-Budgets um fünf Prozent, die beabsichtigte Besteuerung der Europäer, die Mobilisierung des Zollvertrags mit der Türkei, und die Errichtung einer Tabakregie. Ferner sei eine Vermehrung der Staatseinkünfte erreichbar durch Irrigationswerke, Kontribution der Valufs, schließlich Verminderung des Tributs an die Pforte. Die Denkschrift empfiehlt endlich, die Heeresausgaben zu vermindern und die in der Staatsschuldenkasse befindlichen Gelder auf Zinsen zu plaziren.

Kairo, 22. Juni. Ein weiterer Dampfer mit englischen Marinesoldaten ist beordert worden, zwischen Assuan und Wadi-halfa zu patrouilliren. — Offizielle Depeschen erwähnen ein Gerücht, daß die Aufständischen gegen Korosko marschiren.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 82 m. Höhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad.
21. Nachm. 2	746,8	NW lebhaft	bedeckt 1)	+13,0
21. Abnds. 10	748,0	NW lebhaft	bedeckt	+12,3
22. Morgs. 6	748,3	NW schwach	bedeckt	+11,1
22. Nachm. 2	748,3	N mäßig	bedeckt	+19,4
22. Abnds. 10	748,8	N schwach	trübe	+14,9
23. Morgs. 6	747,6	N schwach	bedeckt Regen	+14,0

1) Regenhöhe: 5,9 mm.
Am 21. Juni Wärme-Maximum + 18° Cels.
Wärme-Minimum + 11° „
22. Juni Wärme-Maximum + 20° „
Wärme-Minimum + 10° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 22. Juni Morgens 0,66 Meter.
23. „ „ Morgens 0,72 „

Telegraphische Börsenberichte.

Börsen-Course.

Frankfurt a. M., 21. Juni. (Schluß-Course.) Rubig. Lond. Wechsel 20,445. Paris do. 81,15. Wiener do. 167,40. R.-M. S.-M. —. Oest. Ludwigsb. 109. R.-M.-Br.-Anth. 126. Reichsbank 103. Reichsbank 145. Darmst. 151. Meining. Ht. 93. Dst.-ung. Bank 716,50. Kreditaktien 256. Silberrente 67. Papierrente 67. Goldrente 85. Ung. Goldrente 76. 1860er Loose 120. 1864er Loose 307,60. Ung. Staatsl. 219,70. do. Oest.-Obl. II. —. Böhm. Wechsel 259. Elisabethb. —. Nordwestbahn 147. Galizier 237. Franzosen 265. Lombarden 124. Italiener 95. 1877er Ruffen 94. 1880er Ruffen 75. II. Orientanl. 58. Centr.-Pacific —. Disconto-Kommandit —. III. Orientanl. 59. Wiener Bankverein 89. Oesterr. Reichsbank 104. Türken 8. Südb.-Oesterr. 163. Tabaksaktien —. Spanier 61. Central Pacific 107. Denver u. Rio grande I. M. 90. Chicago Milwaukee —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 256. Franzosen 264. Galizier 237. Lombarden 124. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Egypter 59. Gotthardbahn —. Spanier neue —. Marienburg-Wlania —.

Frankfurt a. M., 21. Juni. Effekten-Sozietät. (Schluß.) Kreditaktien 256. Franzosen 264. Lombarden —. Galizier 237. Egypter 59. 4proz. ungar. Goldrente 76. 1880er Ruffen —. Gotthardbahn 104. Tabaksaktien —. Marienburger —. Dresdener Bank —. Disconto-Kommandit —. Werrabahn —. Still.

Wien, 21. Juni. (Schluß-Course.) Geschäftlos. Papierrente 80,47. Silberrente 95,75. Oesterr. Goldrente 102,30. 6proz. ungarische Goldrente 122,50. 4proz. ungar. Goldrente 91,85. 5proz. ungar. Papierrente 88,65. 1864er Loose 125,75. 1880er Loose 135,20. 1864er Loose 169,00. Kreditloose 175,75. ungar. Prämien 115,00. Kreditaktien 306,80. Franzosen 315,00. Lombarden 148,10. Galizier 283,50. Ruffen-Oest. 147,75. Nordwestb. 150,00. Nordwestbahn 176,75. Elisabethbahn 234,75. Nordbahn 252,00. Oesterr. Ung.-Bank —. Türkische Loose —. Unionbank 106,25. Anglo-Aust. 110,10. Wiener Bankverein 106,60. Ungar. Kredit 307,50. Deutsche Pläge 59,60. Londoner Wechsel 121,90. Paris do. 48,37. Amsterdam do. 100,55. Napoleons 9,69. Dufaten 5,74. Silber 100,00. Marknoten 59,60. Russische Banknoten 1,22. Semberg-Gernowith —. Kronpr.-Rudolf 180,25. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westb. —. Elbthal. 182,75. Tramway 217,00. Buschradet —. Oesterr. 6proz. Papier 95,75. Tabaksaktien —.

Wien, 22. Juni. (Privatverehr.) Oesterreich. Kreditaktien 306,30. 4proz. ungar. Goldrente —. Länderbank —. Geschäftlos.

Paris, 21. Juni. (Schluß-Course.) Rest. 3proz. amortisirt. Rente 80,10. 3 prozent. 78,25. 4 prozentige Anleihe 108,10. Italienische 5proz. Rente 96,65. Oesterr. Goldrente 85. 6proz. ungar. Goldrente 104. 4proz. ungar. Goldrente 77. 5proz. Ruffen de 1877 98. Franzosen 665,00. Lombard-Gesellschaft 310,00. Lombard. Prioritäten 305,00. Türken de 1865 8,10. Türkenloose 41,60. III. Orientanleihe —. Credit mobilier 333,00. Spanier neue 61,00. Suezkanal-Aktien 2000. Banque ottomane 647. Credit foncier 1333. Egypter 298,00. Banque de Paris 842. Banque d'escompte 527,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,17. 5proz. Rumänische Anleihe —. Foncier Egyptien —. 5proz. türk. Obligationen 371,00. Tabaksaktien 547,50.

London, 21. Juni. Consols 99. Italienische 5proz. Rente 95. Lombarden 12. 3proz. Lombarden alte —. 3proz. do. neue —. 5proz. Ruffen de 1871 94. 5proz. Ruffen de 1872 93. 4proz. Ruffen de 1873 90. 5proz. Türken de 1865 7. 4proz. hunderte Americ. 121. Oesterr. Silberrente 68. do. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 76. Oesterr. Goldrente 84. Spanier 60. Egypter neue —. do. unif. 58. Ottomanbank 15. Preuß. 4proz. Consols 102. Matt. Suez-Aktien 79. Silber 50. Playbank 1. C.

Produkten-Curse.

Böln, 21. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 19,00, fremder 19,50, per Juli 17,85, per Novbr. 18,35. Roggen loco hiesiger 15,75, per Juli 14,85, per Novbr. 15,20. Hafer loco 16,00. Rüböl loco 30,00, pr. Oetbr. 28,80.

Bremen, 21. Juni. Petroleum (Schlußbericht) anfangs matt, Schluß fester. Standard white loco 7,10 bez., per Juli 7,10 bez., per August 7,30 Br., per Aug.-Dezbr. 7,50 bez.

Hamburg, 21. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert auf Termine rubig, per Juni-Juli 173 Br., 172,00 Gd., per Juli-August 174 Br., 173 Gd. Roggen loco unverändert, auf Termine rubig, per Juni-Juli 135,00 Br., 134,00 Gd., per Juli-August 134,00 Br., 133,00 Gd. Hafer und Gerste unverändert, Rüböl loco 57, per Oetbr. 56. Spiritus rubig, per Juni 41 Br., per Juli-August 42 Br., per August-Septbr. 43 Br., per Septbr.-Okt. 43 Br. Kaffee rubig, Umsatz 4000 Sack. — Petroleum befestigt, Standard white loco 7,30 Br., 7,25 Gd., per Juli 7,25 Gd., per August-Dezember 7,55 Gd. — Wetter: Trübe.

Wien, 21. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 9,80 Gd., 9,85 Br., per Herbst 10,23 Gd., 10,28 Br. Roggen per Juni 8,25 Gd., 8,30 Br., per Herbst 8,25 Gd., 8,30 Br. Hafer per Juni 6,97 Gd., 7,02 Br., per September-October — Gd., — Br. Hafer per Juni 8,45 Gd., 8,50 Br., pr. Herbst 7,10 Gd., 7,15 Br.

Paris, 21. Juni. (Produktenmarkt (Schlußbericht).) Weizen rubig, per Juni 22,40, per Juli 22,90, per August 23,10, per Septbr.-Dezember 23,80. Roggen rubig, per Juni 16,25, per Septbr.-Dezbr. 17,00. Rüböl 9 Marques rubig, per Juni 47,50, per Juli 48,00, per August 48,25, per September-Dezembr. 49,25. Rüböl rubig, per Juni 67,25, per Juli 67,50, per August 68,00, per Septbr.-Dezbr. 70,00. Spiritus rubig, per Juni 44,50, per Juli 45,00, per August-Dezbr. 45,25, per Sept.-Dezbr. 45,75. — Wetter: Bedeckt.

London, 21. Juni. An der Rüste angeboten 6 Weizenladungen. Wetter: Schön.

London, 21. Juni. Havannaquader Nr. 12 15 1/2 nominell, Rüböl-Rohzucker 13 1/2 flau, Centrifugal Rüböl 12 1/2.

Amsterdam, 21. Juni. Bancaam 52 1/2.

Amsterdam, 21. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen pr. November 245. Roggen per Oetober 170.

Antwerpen, 21. Juni. (Getreidemarkt (Schlußbericht).) Weizen rubig. Roggen behauptet. Hafer unverändert. Gerste behauptet.

Liverpool, 21. Juni. Baumwolle (Schlußbericht). Umsatz 5000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Amerikaner 1/2 d. billiger, Surats angeboten.

Newyork, 21. Juni. (Baumwollen-Bochenbericht.) Zufuhren in allen Unionshäfen 5000 B., Ausfuhr nach Großbritannien 40000 B., Ausfuhr nach dem Continent 16000 Ball., Vorrath 364000 Ballen.

Marktpreise in Breslau am 21. Juni.

Festsetzungen der städtischen Deputation.	gute		mittlere		geringe	
	Höchst. R. Bf.	Niedrigst. R. Bf.	Höchst. R. Bf.	Niedrigst. R. Bf.	Höchst. R. Bf.	Niedrigst. R. Bf.
Weizen, weißer	20 30	19 30	18 10	17 90	16 90	16 60
do. gelber	18 50	17 60	17 10	16 80	16 10	15 60
Roggen	15 70	15 50	14 80	14 50	14 30	14 10
Gerste	16 —	14 80	14 20	14 —	13 70	13 20
Hafer	16 —	15 80	15 60	15 40	15 30	15 10
Erbsen	19 —	18 —	17 50	18 50	16 —	15 50

Kartoffeln, pro 50 Rgr. 3,20-3,25-3,30-3,35-3,75 Mark, pro 100 Rg. 6-6,50-7-7,50 Mark, pro 2 Liter 0,12-0,13-0,14-0,15 Mark. — Heu, per 50 Rg. 3,00-3,30 Mark. — Stroh, per Schock à 60 Rgr. 23,00-25,00 Mark.

Breslau, 21. Juni. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen (per 1000 Kilogr.) wenig veränd. Gefändigt — Centner. Abgelaufene Rindungsscheine —, per Juni 155 Br., per Juni-Juli 154,00 Br., per Juli-August 152 Br., per August-Sept. 152,00 Br., per Sept.-Oetober 152,50-151 bez., per Oetober-November 150 bez. — Weizen (Gef.) — Centner, per Juni 186 Br. — Hafer Gefändigt — Centner, per Juni 147 Br., per Juni-Juli 147 Br. — Rays Gefändigt — Centner, per September-October 240 Gd. — Rüböl 5 1/2 unverändert. Loco 60,00 Br., per Juni 58 nominell, per Juni-Juli 56 Br., per Sept.-Oetober 54 Br. — Spiritus geschäftslos. Gefändigt 36,000 Br., per Juni 50,80 Gd. Br., per Juni-Juli 50,80 Gd. Br., per Juli-August 50,80 Gd. Br., per August-September 51,50 Br., per September-October 50,50 Br., per Oetober-Novbr. 49,50 Br., per November-Dezember —. Zink (per 50 Kilogr.) ohne Umsatz. Die Börsen-Kommission.

Breslau, 21. Juni. 9 1/2 Uhr Vormittags. [Privatbericht.] Landzufuhr und Angebot aus zweiter Hand war schwach, die Stimmung im Allgemeinen blieb fest.

Weizen bei mäßigem Angebot sehr fest, per 100 Kilogramm schlesischer weißer 17,80-19,50-20,60 Mark, gelber 17,50-18,40 bis 18,80 Mark feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen in sehr fester Haltung, bezahlt wurde per 100 Kilogramm netto schlesischer 14,50-15-15,60 M., russischer 15,20 bis 16 M., feinstes über Notiz — Gerste in rubiger Haltung, per 100 Kilogramm 13,50-14,20 Mark, weiße 15,30-16,00 Mark — Hafer gut verkauft, per 100 Kilogramm 15,20-15,60-16,00 Mark, feinstes über Notiz bezahlt. — Mais in rubiger Haltung, per 100 Kilogramm 12,80-13,30-13,80 Mark. — Erbsen preishaltend, per 100 Kilogramm 15,00-17,00-18,80 Mark. Bittoria 17,00-19,00-21,00 Mark. — Bohnen behauptet, per 100 Kilogramm 18,00-19,00 bis 20,00 Mark. — Lupinen blieb gefragt, gelbe per 100 Kilogramm 8,50-9,50-10,30 Mark, blaue 8,50-9,00-9,40 Mark. — Weizen sich nach angeboten, per 100 Kilogramm 14,50-14,75-15,50 Mark. — Delfaaten schwacher Umsatz. — Schlaglein schwacher Umsatz. — Rapskuchen behauptet, per 50 Kilogr. 7,30-7,50 M., fremde 6,80-7,20 Mark, per September-October 7,00 Mark. — Seinkuchen rubig, per 50 Kilogramm 9,00-9,20 Mark, fremde 7,80 bis 8,50 M.

Stettin, 21. Juni. [An der Börse.] Wetter: Bewölkt. + 13° Reaumur. Barometer 28. Wind: NW.

Weizen etwas matter, per 1000 Kilo loco gelber und weißer 162-180 M. bez., per Juni und Juni-Juli 177,5-177 M. bez., per Juli-August 178-177,5 Mark bez., per September-October 181-180,5 Mark bez., per Oetober-November 181 Mark bez. — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilogramm loco inländischer 141-149 Mark, russischer 145-150 Mark bez., per Juni 145,5 Mark Gd., per Juni-Juli 145,5-145-145,5 Mark bez., per Juli-August 145,5-145 Mark bez., per September-October 145,5-144,5 bis 145 Mark bezahlt, per Oetober-November dito. — Gerste ohne Handel. — Hafer unverändert, per 100 Kilogramm loco 136-155 M. bez. — Erbsen und Winterrüben ohne Handel. — Rüböl geschäftslos, per 100 Kilogramm loco ohne Has bei Kleinigkeiten 57 M. Br., per Juni 55 M. Br., per September-October 53,75 M. Br. — Spiritus matt, per 1000 Liter-Nett. loco ohne Has 51,0 Mark bez., per Juni und Juni-Juli 51,5 M. bez., Br. u. Gd., per Juli-August 51,6 M. Br. u. Gd., per August-September 52,1 M. Br. u. Gd., per September-October 52,1 Mark Br. u. Gd. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: Weizen 177,5 Mark, Roggen 145,5 Mark, Rüböl 55 Mark, Spiritus 51,5 Mark — Petroleum loco 7,65 M. tr. bez., Regulirungspreis 7,65 M. tr., alte Ufane 7,85 M. tr. bez. — Deutiger Landmarkt: Weizen 178-186 M., Roggen 145-153 M., Gerste 136-148 Mark, Hafer 154-162 Mark, Erbsen 165-195 M., Kartoffeln 48-52 Mark, Heu 3-3,5 Mark, Stroh 27-33 Mark. (Diffee-Sta.)

Victoria-Theater.

Heute

1. Gastspiel der Operetten-Sängerin Frä. v. Czeczany aus Berlin.

Boccaccio.

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Juni. Wind: NW. Wetter: Feucht, wärmer. Die auswärtigen Nachrichten entsprechen der gestrigen hiesigen Aufwärtsbewegung so ganz und gar nicht, daß darin allein schon ein Grund zur Reaktion gegeben war; eine zweite Veranlassung hierfür aber lag in dem entschiedenen veränderten, wärmeren und nasser Wetter. Loko-Weizen still. Auf Termine wirkten die sehr rubigen Engländer und französischen Berichte und die neuerdings ermäßigten Newyorker Notierungen verfläud. Kurie blühten bei wenig lebhaftem Handel etwa 1/4 M. ein und der Schluß war nur unbedeutend fester. Loko-Roggen hatte schwachen Umsatz zu festen Preisen. Im Terminhandel herrschte flauere Tendenz. Der Umschlag des Wetters führte ziemlich starkes Angebot herbei, aber der anfänglich nur 1/4 M. betragende Rückschlag erlangte keine weitere Bedeutung, weil die Kaufkraft seitens der Spekulation und Kommissionäre ziemlich ebensbürtigen Gehehr unterhielt. Es schien hauptsächlich auf letzterwähnter Seite für den Rhein und Süddeutschland gekauft zu werden. Von Riga wurde eine kleine Partie 117 Pf. Juni-Juli a 135 Mark cif. Stettin verschlossen. Loko-Hafer behauptet. Termine matter. Von Riga wurde Durchschnittspreis per Herbst a 117 1/2 M. cif Stettin angeboten. Roggenmehl wenig verändert. Mais still. Rüböl bei kleinerem Geschäft behauptet. Petroleum trotz ferner niedrigerer Amerikanischer Notierungen preis haltend. Spiritus folgte der matten Tendenz des Getreidemarktes und stellte sich auf alle Termine etwas billiger. Lohware schwach zugeführt, blieb behauptet. (Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 165-205 M. nach Qualität, gelbe Lieferungsqualität 172,5 M., per diesen Monat, per Juni-Juli - M., per Juli-August 173,25-173,75-173,25 bez.,

per August-September - M. bez., per September-Oktober 177,75 bis 176,75-177 bez., per Oktober-November 179-188,5 bez. Gefündigt - Zentner. Rindungspreis - M. Durchschnittspreis - M. Roggen per 1000 Kilogramm loco 142-155 nach Qualität, Lieferungsqualität 148,5 Mark, russischer 148 M. ab Boden bezahlt, inländischer mittel - ab Bahn und Boden bez., hochfeiner - M., inländischer geringer 144 ab Boden bez., per diesen Monat 148,75 bis 149-148,5 bez., per Juni-Juli per Juli-August 148,5-148,75-147,25 bez., per August-September 148,5 bez., per September-Oktober - M. bez., per Oktober-November - M. bez., Gefündigt 31 000 Zentner. Rindungspreis 148,5 M. Durchschnittspreis - M. Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 140-200 M. nach Qualität bez., Futtergerste - Mark bez. Hafer per 1000 Kilogr. loco 130-175 nach Qual., Lieferungsqualität 139 M., russischer mittel 140-146 M. ab Boden, Bahn und Kahn bez., außer 148-156 ab Boden, Bahn und Kahn bez., feiner 158-163 ab Boden und Bahn bez., böhmischer - ab Bahn und Boden bez., per diesen Monat 140,75 bez., per Juni-Juli 139,25 M. bez., per Juli-August 136,75 M. bez., per August-September - M. bez., per September-Oktober 135-134,75- bez., Oktober-November - M. bez. Gefündigt - Ztr. Rindungspreis - M. Durchschnittspreis - M. Mais loco 128-133 Mark bez. nach Qualität, per diesen Monat - bez. Gefündigt 4000 - Ztr. Rindungspreis 127,5 M. Durchschnittspreis - Mark. Erbsen Kochwaare 180-230, Futterwaare 160-172 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität. Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Loko 20,50 Mark nach Qualität, per diesen Monat und per Juni-Juli und per Juli-August 20,50 M., per August-September - M., per Septbr.-Oktober - Mark Gefündigt - Ztr., Rindungspreis - M. Trosse Kar... pro 100 Kilogramm brutto incl.

Sad. Loko 20,50 M., per diesen Monat 20,50 M., per Juni-Juli 20,50 M., per Juli-August 20,50 M., per August-September - M., per Sept.-Okt. - M. Gefündigt - Ztr. Rindungspreis - M. Feuchte Kartoffelstärke pro 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Loko 11,60 M., per diesen Monat 11,60 M. Durchschnittspreis - M. Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unverfeuert incl. Sad. per diesen Monat und Juni-Juli 20,25-20,30, Juli-August 20,25-20,30 bez., August-September und September-Oktober 20,55 bez. Gefündigt 2500 Zentner. Rindungspreis 20,25 Mark. Weizenmehl Nr. 00 26,00-24,75, Nr. 0 24,50-22,75, Nr. 0 u. 1 22,00-21,00. Roggenmehl Nr. 0 22,75-20,75, Nr. 0 u. 1 20,50 bis 17,75 M. Rüböl per 100 Kilogramm loco mit Faß - M., ohne Faß - M., per diesen Monat 55,5 Mark, abgelassene Anmeldeungen - per Juni-Juli 55,5 M., per Juli-August - bez., per August-September - Mark, per September-Oktober 54,1 M., per Oktober-November 54,3 M., per November-Dezember 54,5 M. Gefündigt - Zentner. Rindungspreis - M. Durchschnittspreis - M. Petroleum, raffiniertes (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß in Poßen von 100 Ztr. loco - M., per diesen Monat 23,3 M., per September-Oktober 23,3 bez., per Oktober-November 23,6 bez., per November-Dezember 23,6 bez., Gefündigt - M. Durchschnittspreis - M. Spiritus. Per 100 Liter a 100 pSt. = 10.000 Liter pSt. loco ohne Faß 51,7-51,7 bez., loco mit Faß - bez., per diesen Monat 51,8-51,9-51,8 bez., per Juni-Juli und per Juli-August 51,8 bis 51,9-51,7 M. bez., per August-September 52,2 bez., per September-Oktober 51,2-51,3 bez., per Oktober-November 50,6-50,7 bez., per November-Dezember 49,8-49,9 bez. Gefündigt - Liter. - Rindungspreis - Mark. Durchschnittspreis - M.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 21. Juni. Die Eröffnung der heutigen Börse vollzog sich in ziemlich fester Tendenz zu ungefähr gestrigen Schlusskursen, bald darauf eintreffende höhere Wiener Kurse veranlaßten die Spekulation zu einigen Meinungsäußerungen, auf Grund deren die Kurse noch etwas anziehender konnten, gegen Schluß trat auf Realisationen der Tagespekulation eine Abschwächung ein. Die Börse schloß alsdann in absoluter Geschäftslosigkeit. Der Kapitalmarkt erhielt sich in guter Haltung bei stillstem Geschäft. Der Privatdiskont notierte 3 1/2 pSt.

Der internationale Spekulationsmarkt lag ziemlich fest. Kreditaktien verkehrten ziemlich lebhaft über gestrigem Schluß. Lombarden und Franzosen sowie andere ausländische Bahnen waren still. Galizier gedrückt. Fremde Fonds erhielten ihre gestrigen Kurse, russische Anleihen waren wenig belebt, auch ungarische Renten und Italiener waren still und unverändert. Deutsche und preussische Staatsfonds lagen ziemlich fest, doch ganz ohne Veränderungen und in stillstem Verkehr. Von inländischen Eisenbahn-Prioritäten waren 4 pSt. Titres bevorzugt und behauptet. 4 1/2 pSt. Werthe nachgebend.

Der Bankenmarkt erhielt sich ziemlich behauptet. Diskonto und Deutsche zogen etwas an. Die Kassawerthe dieser Gattung waren wenig verändert. Der Industriemarkt zeigte in einigen Werthen lebhaftes Angebot, im Ganzen jedoch ohne eine einheitliche Tendenz. Der Montanmarkt war behauptet. Laura und Dortmunder ohne nennenswerthen Umsatz und wenig verändert. Von inländischen Bahnen, die im Ganzen in schwacher Haltung verkehrten, waren besonders schwächer, Ostpreußen und Südb.-Böhmer, die übrigen Werthe wiesen ebenfalls Abschwächungen auf.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Lire Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Ausländische Fonds, Eisenbahn Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien, Berlin-Dresd. v. St., Den. Br. B. (Elbth.), Nord. Bank, etc. Each column lists various financial instruments and their current market prices.